

**Antrag 216/II/2018****SGK Berlin****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisung an Kreise als Material (Konsens)****Kommunalpolitisches Engagement durch frühzeitige Personalentwicklung stärken**

1 Der Landesvorstand wird aufgefordert, bis Mitte 2019 ge-  
2 meinsam mit den Kreisen, den SPD-BVV-Fraktionen und  
3 der SGK Leitlinien und eine Strategie zur Personalgewin-  
4 nung - und Förderung für die kommenden Bezirkswahlen  
5 zu erarbeiten.

6

7 Dabei soll folgendes unbedingt berücksichtigt werden:

- 8 • Es soll eine Auswertung erfolgen, welche Grün-  
9 de systematisch dazu führen, dass sich bestimmte  
10 Gruppen gar nicht erst bzw. nicht mehr für kommu-  
11 nale Ämter bewerben oder das Engagement abbre-  
12 chen müssen.
- 13 • Es sollen auf dieser Basis Vorschläge erarbeitet wer-  
14 den, wie man die Arbeitsbedingungen für Bezirks-  
15 verordnete 1) kurzfristig innerhalb der bestehenden  
16 Gesetzeslage entsprechend verändern kann und wo  
17 2) mittelfristig eine Weiterentwicklung der Arbeits-  
18 weise der Bezirksverordnetenversammlungen auch  
19 darüber hinaus notwendig ist, um weiteren Grup-  
20 pen zu ermöglichen, ein Mandat in der BVV auszu-  
21 üben.
- 22 • Es muss dafür Sorge getragen werden, dass es flä-  
23 chendeckend und systematisch Orientierungs-  
24 und Informationsangebote für BewerberInnen  
25 (z.B. Mentoring-Programme), sowie für die dann  
26 aufgestellten KandidatInnen Fortbildungsangebote  
27 gibt.
- 28 • Es sind übergreifende Kriterien für die Besetzung  
29 von BVV- und Bürgerdeputierten-Listen sowie ins-  
30 besondere der Spitzenkandidaturen (Bürgermeiste-  
31 rInnen, Bezirksamtsmitglieder) zu erarbeiten. Dar-  
32 über hinaus sollen ergänzend alle Kreisverbände da-  
33 bei unterstützt werden, lokale Kriterien für das auf-  
34 zustellende Personal zu erarbeiten.
- 35 • Es soll darauf aufbauend eine bezirksübergreifen-  
36 de strategische Personalentwicklung geben, die die  
37 inhaltlichen und lokalen Stärken fördert und zu-  
38 dem die Bevölkerung besser als bislang repräsen-  
39 tiert (Ausbildung, Alter, Herkunft, Geschlecht, Fami-  
40 lie etc.).
- 41 • Es ist zu prüfen, ob und wie Kreise auch parteilosen  
42 KandidatInnen eine Kandidatur auf der BVV-Liste  
43 und als Bürgerdeputierte ermöglichen können.
- 44 • Es ist überdies zu prüfen, ob und wie im  
45 Falle mehrerer BewerberInnen für die  
46 BezirksbürgermeisterInnen- bzw. Bezirksamts-  
47 mitgliederkandidaturen Mitgliederbefragungen  
48 durchgeführt werden können, bei denen sich die

49 Kreise und die BewerberInnen verpflichten, das  
50 Ergebnis bei der KDV mitzutragen.

- 51 • Es sollen schließlich konkrete Handlungsempfeh-  
52 lungen zur weiteren personellen, strukturellen und  
53 finanziellen Stärkung der Fraktionsbüros erarbeitet  
54 werden.

55

56

#### 57 **Begründung**

58 2021 finden in Berlin die nächsten regulären Wahlen statt.  
59 Ende 2020, also in rund zwei Jahren, beginnen die Auf-  
60 stellungsverfahren. Ziel muss es sein, bis dahin personell  
61 für die Besetzung von Bezirksamtern und Bezirksverord-  
62 netenversammlungen besser aufgestellt zu sein - spätes-  
63 tens bis zum Frühjahr 2020. Nur dann sind strategische  
64 Überlegungen, welche Köpfe wir wo brauchen, überhaupt  
65 möglich.

66

67 Die Bedeutung von Kommunalpolitik ist in den vergange-  
68 nen Jahren noch gestiegen: Von Milieuschutz bis Schul-  
69 sanierung. Dabei bieten sich hier oft große Gestaltungs-  
70 spielräume, die es zu nutzen gilt. Das geht nicht ohne ei-  
71 ne gute Mischung an politischen Köpfen und Ideen in den  
72 Fraktionen und in den Bezirksamtern, die gestalten wollen  
73 und können und die vor Ort gut verankert sind. Sie verkör-  
74 pern durch ihre Entscheidungen und ihr Engagement die  
75 Werte und Ziele unserer Partei.

76

77 In den letzten Jahren ist die Arbeit vor Ort aber nicht leich-  
78 ter geworden: Viele Fraktionen sind deutlich kleiner ge-  
79 worden, gleichzeitig ist das Bedürfnis der BerlinerInnen  
80 gestiegen, sich an kommunalpolitischen Fragen zu betei-  
81 ligen und in den Austausch mit den Bezirksverordneten zu  
82 treten. Wir erleben aber auch, dass uns die gesellschaftli-  
83 che Vielfalt innerhalb unserer Fraktionen oft dadurch ver-  
84 loren geht, weil sich bestimmte Gruppen gar nicht erst  
85 für ein kommunales Amt bewerben oder es niederlegen  
86 müssen, weil es beispielsweise mit der Gründung einer Fa-  
87 milie, der Pflege von Angehörigen oder den Arbeitszeiten  
88 nicht vereinbar ist. Als SPD sind wir ganz besonders ge-  
89 fordert, gängige Verfahren und Engagementbedingungen  
90 zu verändern, um möglichst breit aufgestellt zu sein.